

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1946

83 (19.9.1946)

Die Ernährungszulagen für Arbeiter

Von R. Klausmann, Abgeordneter Karlsruhe
Die Ernährung der industriellen Arbeiter ist jetzt das Kernproblem...

Jeder vernünftige denkende Mensch ist der Meinung, daß bei der angespannten Ernährungslage alle etwa zu verzeichnenden Ernährungszulagen in erster Linie dem körperlich arbeitenden Menschen zugute kommen müßten.

Alle Menschen mit Wirklichkeitsinn — abgesehen von den unentwerteten offenen und heimlichen Vertretern der Nazidoktrin — wissen, daß wir ohne die Einführung von amerikanischen Lebensmittel in den ersten Monaten der Kriegsjahre nicht überleben könnten.

Von 3 000 000 Einwohnern in Württemberg-Baden waren im Juni 1946 203 500 Zulagenempfänger, also rund 7%, davon nur 3592 im Genuß der Schwerstarbeiterzulage.

Die Ernährungsfrage ist auch ein Problem der Erfassung und gerechten Verteilung am Produktionsort unter Ausschaltung des verwerflichen Zwischenhandels in der Landwirtschaft und der Industrie.

Wären dort nur einige Gewerkschaftsvertreter als beratenden Sachverständigen der Arbeiter hinzuzuziehen, so würde die Ernährungsfrage sich von selbst lösen lassen.

Das Gewerbeaufsichtsamt Karlsruhe hat die zwingende Anordnung erhalten, diese Umstellung sofort durchzuführen, da nur in Baden die Zulagen umfangreicher seien als in anderen Ländern.

Ein brauchbarer Vorschlag ist folgender: Das Landesgewerbeaufsichtsamt, das dem Wirtschaftsministerium untersteht, das Gewerbeaufsichtsamt, das dem Arbeitsministerium als Sozialbehörde untersteht, ein Vertreter des Sekretariats des Landrats und die Vertreter der nordbadischen Arbeiterschaft setzen sich zusammen an einen Tisch.

Das ist demokratisch, richtet sich nach dem wirklichen Leben und wäre ein gutes Zeichen zur gemeinsamen Lösung dieses so schwerwiegenden Problems.

Einheitliche Briefmarken in drei Zonen
Berlin, 18. Sept. Die Entwürfe für einheitliche endgültige Briefmarken für die britische, amerikanische und sowjetische Besatzungszone Deutschlands wurden in der 78. Sitzung des Koordinierungsausschusses der Alliierten Kontrollrats gebilligt.

Mittwoch-Sitzung des Verfassungsparlaments

Fortsetzung von Seite 1
nalsozialismus gebracht, während hohe Kirchenführer im Anfang des Nazismus auf dessen Seite gestanden wären.

In der Abstimmung wird der kommunistische Antrag auf Trennung von Kirche und Staat mit allen gegen die Stimmen der KPD abgelehnt. Der Antrag Kaufmann auf Streichung des Artikels 27 Absatz 2 wird in namentlicher Abstimmung mit 52 Stimmen der SPD, DVP und KPD gegen 38 Stimmen der CDU abgelehnt.

Abgeordneter Keil (SPD) spricht zu Artikel 32 der Verfassung, in dem die Verpflichtung des Staates zu wiederkehrenden Leistungen an die Kirche dem Grunde nach gewährleistet werden. Die Art und Höhe dieser Leistung sollte gesetzlich geregelt werden.

Abgeordneter Dr. K. E. (DVP) bekräftigt den Antrag der DVP „Die dauernden Verpflichtungen des Staates zu wiederkehrenden Leistungen an die Kirche bleiben dem Grunde nach gewährleistet.“

Abgeordneter Dr. K. E. (DVP) bekräftigt den Antrag der DVP „Die dauernden Verpflichtungen des Staates zu wiederkehrenden Leistungen an die Kirche bleiben dem Grunde nach gewährleistet.“

Um die Einheit Deutschlands

Gemeinsame Erklärung der KPD in der US- und britischen Zone

Frankfurt, 18. Sept. (dona) „Mit dem Ende des zweiten Weltkrieges sollte die Geheimdiplomatie, die so viel Elend über die Völker gebracht hat, ein Ende gefunden haben.“

Aber die reaktionären Kräfte in Deutschland, die sich den Frieden bemühen sich erneut, hinter verschlossenen Türen das Schicksal Deutschlands zu verhandeln und mit ihren volksfeindlichen Plänen vollendete Tatsachen zu schaffen.

„Wir Kommunisten betrachten es als unsere Pflicht, diese Machenschaften vor dem deutschen Volk aufzudecken. Das offensichtliche Ziel der Politik der Reaktionäre ist, Deutschland trotz der Warnung der Außenminister der Ver. Staaten von Amerika und der Sowjetunion, zu einer Schachfigur in der internationalen Auseinandersetzung zwischen den USA und der Sowjetunion zu machen.“

Der Kampf um die Einheit Deutschlands ist in jeder Beziehung der Kampf um die Demokratie.“

Warnung vor Zuzug nach Berlin

Der Magistrat der Stadt Berlin, Dr. Werner, teilt mit: Es ist im Interesse Einzelnen dringend davor zu warnen, nach Berlin zu ziehen.

Alliierte Militärmark weiter gesetzliches Zahlungsmittel

Frankfurt, 18. Sept. (dona) Die alliierten Militärmarknoten sind nach einem Hinweis der Reichsbankhauptstelle im Zahlungsverkehr der deutschen Bevölkerung nach wie vor gesetzliches Zahlungsmittel.

Die Wiederherstellung der politischen Einheit Deutschlands erfordert die umgehende Bildung zentraler Staatsorgane als ersten Schritt zu einer demokratischen Reichsregierung — nicht aber die Einsetzung eines autoritären, von den politischen demokratischen Kräften unabhängigen „Nationalrates“ wie er von den drei Ministerpräsidenten der amerikanischen Zone gefordert wird.

Aus den gleichen Gründen lehnen die Kommunisten die von den deutschen Stellen unter Ausschluss der Öffentlichkeit und ohne Mitwirkung der demokratischen Parteien gemachten Vorschläge für die Ausschüsse zur wirtschaftlichen Vereinigung der amerikanischen und britischen

tes zu wiederkehrenden Leistungen an die Kirche einzuwirken.

Abgeordneter Walter (CDU) bemerkt, daß der ursprüngliche Entwurf überhaupt keine Bestimmungen über die Stellung der Kirche und Religion enthalten habe und bedauert die Ablehnung der CDU-Anträge.

Abgeordneter Veit (SPD) erläutert den Streichungsantrag der SPD und betont, daß es sich hier nur um die Ablehnung der Aufnahme dieser Artikel in die Verfassung handle. In Baden habe nie eine verfassungsmäßige Garantie für diese Leistungen bestanden, trotzdem habe die Kirche staatliche Leistungen erhalten.

Abgeordneter Langendorf (KPD) begründet einen Antrag der KPD, wonach die Jugend im Geiste der Volkerverständnis und in der Liebe zu Volk und Heimat, zu städtischer und politischer Verantwortlichkeit, zu beruflicher und sozialer Bewußtsein und zu demokratischer Gesinnung erzogen werden sollte.

Abgeordneter Gebrins (SPD) würde es bedauern, wenn die von der Abgeordneten Langendorf geäußerten Gedanken nicht in der Verfassung zum Ausdruck kämen.

Interessantes in Kürze

München. Der Leiter der Landesstelle Chemie im bayerischen Landwirtschaftsamt, Dr. Rolf Puntzgruber, wurde am 7. September abends nach seiner Rückkehr von einer Einkaufsreise in Höchst von amerikanischen Behörden verhaftet und in das Gefängnis der Kriegsverbrecher-Kommission in Dachau eingeliefert.

Hamburg. Der „Henker von Berlin“ Wilhelm Röttger, der an der Hinrichtung der an dem Attentat auf Hitler vom 20. Juli 1944 beteiligten Personen beteiligt war, starb am 13. d. Mts. in einem Gefängnis in Hannover.

cher eine Gemeinschaftsschule zuzuwenden. Der Redner bezeichnet sich nicht als Gegner der christlichen Gemeinschaftsschule, sieht in ihr aber die Gefahr einer gewissen Intoleranz.

Abgeordneter Kaufmann (CDU) bezeichnet den kommunistischen Antrag, der die Ehrfurcht vor Gott als Erziehungsziel aus dem Artikel 34 herauszuheben wollte, als Offenbarung für die wahre kommunistische Geisteshaltung.

Abgeordneter Will (DVP) wendet sich gegen die Überbeanspruchung des Prinzips der Elternrechte, das in der Organisation der Schule nicht hineingetragen werden sollte.

Abgeordneter Leibrandt (KPD) bezeichnet es nicht als Aufgabe der Verfassung, religiöse Probleme zu lösen. Die Bekenntnisschule sei ein Zankapfel. Der Geist der Toleranz verlange die Gemeinschaftsschule und eine Sicherheit, wonach die mckennntnisschule nicht gebundenen Lehrer nicht benachteiligt werden dürfen.

Abgeordneter Kling (CDU) stellt die einzigen Gesichtspunkte aller Parteien für das schwer notleidende deutsche Volk heraus. Die Schule müsse das Beste leisten, dazu seien gute Lehrkräfte erforderlich.

Wallace fordert Revision der US-Außenpolitik

New York, 18. Sept. (dona) Der amerikanische Handelsminister Henry A. Wallace richtete einen Brief an Präsident Truman, in dem er erklärte, die Ver. Staaten sollten mit der Sowjetunion ein Kommen über die internationale Kontrolle und Entwicklung der Atomenergie zu erzielen versuchen.

Wallace fordert eine Revision der US-Außenpolitik, die die Ver. Staaten sollten mit der Sowjetunion ein Kommen über die internationale Kontrolle und Entwicklung der Atomenergie zu erzielen versuchen.

Wallace fordert eine Revision der US-Außenpolitik, die die Ver. Staaten sollten mit der Sowjetunion ein Kommen über die internationale Kontrolle und Entwicklung der Atomenergie zu erzielen versuchen.

Wallace fordert eine Revision der US-Außenpolitik, die die Ver. Staaten sollten mit der Sowjetunion ein Kommen über die internationale Kontrolle und Entwicklung der Atomenergie zu erzielen versuchen.

Wallace fordert eine Revision der US-Außenpolitik, die die Ver. Staaten sollten mit der Sowjetunion ein Kommen über die internationale Kontrolle und Entwicklung der Atomenergie zu erzielen versuchen.

Wallace fordert eine Revision der US-Außenpolitik, die die Ver. Staaten sollten mit der Sowjetunion ein Kommen über die internationale Kontrolle und Entwicklung der Atomenergie zu erzielen versuchen.

Wallace fordert eine Revision der US-Außenpolitik, die die Ver. Staaten sollten mit der Sowjetunion ein Kommen über die internationale Kontrolle und Entwicklung der Atomenergie zu erzielen versuchen.

Wallace fordert eine Revision der US-Außenpolitik, die die Ver. Staaten sollten mit der Sowjetunion ein Kommen über die internationale Kontrolle und Entwicklung der Atomenergie zu erzielen versuchen.

Das freie Wort

Zum Thema „Entnazifizierung“ haben uns folgende Zuschriften aus dem Leserkreis von Fran Gertrud Sommerfeld, Durlach, erreicht.

Ich habe über die Jugendamtsentscheidungen geschrieben, die heute in 35. bis 40. Lebensjahre wäre genau so notwendig, wenn eine solche für die jüngeren Jahrgänge, zumindest für die zwischen 1914 und 1918 Geborenen, erlassen würde.

Die Entnazifizierung ist ein Problem, das die Jugend amtsentscheidungen, die heute in 35. bis 40. Lebensjahre wäre genau so notwendig, wenn eine solche für die jüngeren Jahrgänge, zumindest für die zwischen 1914 und 1918 Geborenen, erlassen würde.

Die Entnazifizierung ist ein Problem, das die Jugend amtsentscheidungen, die heute in 35. bis 40. Lebensjahre wäre genau so notwendig, wenn eine solche für die jüngeren Jahrgänge, zumindest für die zwischen 1914 und 1918 Geborenen, erlassen würde.

Die Entnazifizierung ist ein Problem, das die Jugend amtsentscheidungen, die heute in 35. bis 40. Lebensjahre wäre genau so notwendig, wenn eine solche für die jüngeren Jahrgänge, zumindest für die zwischen 1914 und 1918 Geborenen, erlassen würde.

Stimme der Parteien

„Die himmelschreiende Sünde“
Vor kurzem wurde eine polemische Broschüre verbreitet, die ohne Begründung die Haltung der CDU in der Bodenreformfrage als „reaktionär“ bezeichnet.

Die himmelschreiende Sünde
Vor kurzem wurde eine polemische Broschüre verbreitet, die ohne Begründung die Haltung der CDU in der Bodenreformfrage als „reaktionär“ bezeichnet.

Die himmelschreiende Sünde
Vor kurzem wurde eine polemische Broschüre verbreitet, die ohne Begründung die Haltung der CDU in der Bodenreformfrage als „reaktionär“ bezeichnet.

Die himmelschreiende Sünde
Vor kurzem wurde eine polemische Broschüre verbreitet, die ohne Begründung die Haltung der CDU in der Bodenreformfrage als „reaktionär“ bezeichnet.

Die himmelschreiende Sünde
Vor kurzem wurde eine polemische Broschüre verbreitet, die ohne Begründung die Haltung der CDU in der Bodenreformfrage als „reaktionär“ bezeichnet.

Die himmelschreiende Sünde
Vor kurzem wurde eine polemische Broschüre verbreitet, die ohne Begründung die Haltung der CDU in der Bodenreformfrage als „reaktionär“ bezeichnet.

Die himmelschreiende Sünde
Vor kurzem wurde eine polemische Broschüre verbreitet, die ohne Begründung die Haltung der CDU in der Bodenreformfrage als „reaktionär“ bezeichnet.

Die himmelschreiende Sünde
Vor kurzem wurde eine polemische Broschüre verbreitet, die ohne Begründung die Haltung der CDU in der Bodenreformfrage als „reaktionär“ bezeichnet.

Mark Brandenburg u. Mecklenburg-Vorpommern
Berlin, 18. Sept. (dona) Das Endergebnis der Wahl der Landesparlamente in Mecklenburg-Vorpommern...

Hessen, Pfalz und Südwürttemberg
Tübingen, 18. Sept. (dona) Nach dem amtlichen Endergebnis der Gemeinderatswahlen in der franz. Besatzungszone...

Rückkehr in die Sowjetunion
Heidelberg, 18. Sept. (dona) Die Zahl der freiwillig zurückkehrenden sowjetischen Staatsangehörigen...

Verfahren gegen Nazi-Großindustrie
Washington, 18. Sept. (dona) Präsident Truman hat den Verhaftungsbefehl für die vier Hauptangeklagten in der Nazi-Industrie...

Die himmelschreiende Sünde
Vor kurzem wurde eine polemische Broschüre verbreitet, die ohne Begründung die Haltung der CDU in der Bodenreformfrage als „reaktionär“ bezeichnet.

Die himmelschreiende Sünde
Vor kurzem wurde eine polemische Broschüre verbreitet, die ohne Begründung die Haltung der CDU in der Bodenreformfrage als „reaktionär“ bezeichnet.

Die himmelschreiende Sünde
Vor kurzem wurde eine polemische Broschüre verbreitet, die ohne Begründung die Haltung der CDU in der Bodenreformfrage als „reaktionär“ bezeichnet.

Die himmelschreiende Sünde
Vor kurzem wurde eine polemische Broschüre verbreitet, die ohne Begründung die Haltung der CDU in der Bodenreformfrage als „reaktionär“ bezeichnet.

Die himmelschreiende Sünde
Vor kurzem wurde eine polemische Broschüre verbreitet, die ohne Begründung die Haltung der CDU in der Bodenreformfrage als „reaktionär“ bezeichnet.

Die himmelschreiende Sünde
Vor kurzem wurde eine polemische Broschüre verbreitet, die ohne Begründung die Haltung der CDU in der Bodenreformfrage als „reaktionär“ bezeichnet.

Die himmelschreiende Sünde
Vor kurzem wurde eine polemische Broschüre verbreitet, die ohne Begründung die Haltung der CDU in der Bodenreformfrage als „reaktionär“ bezeichnet.

Die himmelschreiende Sünde
Vor kurzem wurde eine polemische Broschüre verbreitet, die ohne Begründung die Haltung der CDU in der Bodenreformfrage als „reaktionär“ bezeichnet.

Die himmelschreiende Sünde
Vor kurzem wurde eine polemische Broschüre verbreitet, die ohne Begründung die Haltung der CDU in der Bodenreformfrage als „reaktionär“ bezeichnet.

Die himmelschreiende Sünde
Vor kurzem wurde eine polemische Broschüre verbreitet, die ohne Begründung die Haltung der CDU in der Bodenreformfrage als „reaktionär“ bezeichnet.

Die himmelschreiende Sünde
Vor kurzem wurde eine polemische Broschüre verbreitet, die ohne Begründung die Haltung der CDU in der Bodenreformfrage als „reaktionär“ bezeichnet.

Die himmelschreiende Sünde
Vor kurzem wurde eine polemische Broschüre verbreitet, die ohne Begründung die Haltung der CDU in der Bodenreformfrage als „reaktionär“ bezeichnet.

Die himmelschreiende Sünde
Vor kurzem wurde eine polemische Broschüre verbreitet, die ohne Begründung die Haltung der CDU in der Bodenreformfrage als „reaktionär“ bezeichnet.

